

# Mit Gewalt Gutes tun? Von Menschenrechten bis zum Völkermord

von Thomas Mickan

Die folgenden Ausführungen handeln von Diskussionen und Erzählungen. Mich leitet dabei die Frage, wodurch manche Menschen sich der Überzeugung hingeben, dass mit militärischer Gewalt Gutes vollbracht werden könne. Mein Beitrag soll eine kleine Reise durch Denk- und Rechtfertigungsfiguren der aktuellen Interventionsdebatten sein, insbesondere in Deutschland.

Ich werde mich dabei auf militär- und kriegsbefürwortende Beiträge beziehen, auf offizielle Reden aus der Politik und auf die Diskussionen vor allem aus der Welt der Politikberatung und -wissenschaft. Diese sind aber sicherlich auch Teil der Diskussionen, die die meisten von euch mit Freund\_innen, mit der Familie oder mit Arbeitskolleg\_innen führen, wenn es mal wieder um Libyen, um Syrien oder um Mali geht. Kurz: um die Frage, was denn im Angesicht kollektiver Gewalt oder Massenverbrechen getan werden könne.

In meinen Ausführungen setze ich die Sprache in den Mittelpunkt. Sprache und Wörter beschreiben dabei meiner Auffassung nach nicht nur reale Fakten und weniger reale Fiktionen. Sprache schafft oftmals selbst erst die Fakten, die sie eigentlich vorgibt zu beschreiben (sie ist, um den Fachausdruck zu verwenden, performativ). Sprache ist dabei jedoch angewiesen auf unsere vergangenen Erfahrungen und unser Wissen. Wir rufen diese wie Zitate immer wieder auf, um neues Wissen zu erlangen oder um in Diskussionen unser vermeintlich bestehendes Wissen anderen mitzuteilen, uns auszutauschen oder zu überzeugen. Wenn wir dies jedoch tun, dann sind unsere Vorstellungen durch unsere aufgerufenen Wissens- und Erfahrungszitate auf die eine oder andere Weise bereits gerahmt und durch die Rahmung wird reguliert, was gedacht oder nicht gedacht werden kann.

Eine kleine Anekdote soll eine euch vertraute Rechtfertigungsfigur für die Ausübung militärischer Gewalt für das Gute illustrieren:

Irgendwann im April dieses Jahres [2012] nahm ich an einer Tagung über die aktuellen Entwicklungen bei den Vereinten Nationen und deren Friedensbemühungen teil. In der Diskussionsrunde nach einem Vortrag meldete sich ein junger Zuhörer, um eine Frage vorzubringen. Was die Frage an Länge vermissen ließ, schien die Verve des Fragenden ausgleichen zu wollen: „Was ist mit Ruanda?“ Kurz darauf verließ er wortlos den Raum, ohne dass die offenbar Angesprochenen auf sein Anliegen reagieren konnten. Doch die meisten wussten, was er mit dieser Frage sagen wollte: Der Völkermord in Ruanda ist doch der beste Beleg dafür, dass mit militärischer Gewalt hätte Gutes vollbracht werden können. Warum diese ablehnende Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt!

Der französische Philosoph Michel Foucault prägte einmal den sehr bildlichen Ausdruck „diskursive Polizei“.<sup>1</sup> Dieser Ausdruck beschreibt, wie beispielsweise bestimmte Ereignisse zu Symbolen werden, die unser darauf folgendes Denken auf die eine oder andere Weise rahmen und regulieren. Ich erinnerte mich damals an diesen Ausdruck der „diskursiven Polizei“, als der Zuhörer seine Frage formulierte.

„Ruanda“ und auch „Srebrenica“ sind nun solche Symbole, sie

wirken wie eine Art Polizei in der Diskussion, die uns mit ihrer rot strahlenden Kelle auf den Seitenstreifen der Debatte winkt und die in den Symbolen transportierten Welt- und Machtvorstellungen aufdrängt. Symbole dürfen dabei keineswegs als reine Fiktionen verstanden werden, noch sind sie zu verwechseln mit faktischer Realität. Dass in Ruanda und Srebrenica in den 1990er Jahren unsagbare Verbrechen verübt wurden, ist unwiderrspochen. „Ruanda“ und „Srebrenica“ als Symbole tragen jedoch einen noch weitergehenden Subtext in sich, der gerade durch seine Nicht-Artikulation die Symbole als diskursive Polizeien funktionieren lässt.

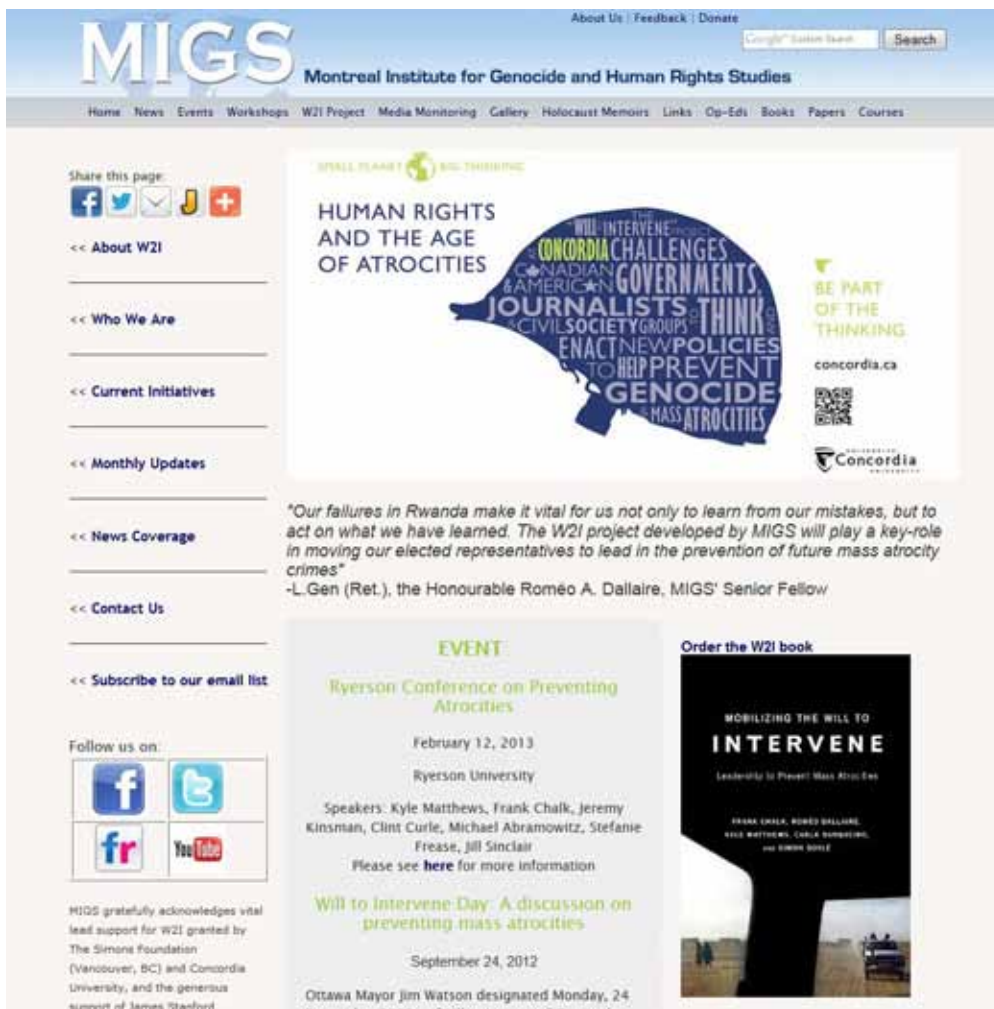
## Lehren aus der Geschichte

Einigen von euch ist sicherlich der ehemalige kanadische General Roméo Dallaire bekannt. Dieser war der Befehlshaber der UN-Blauhelme in Ruanda während des Völkermordes 1994. Seine Erzählung des Völkermordes in Ruanda ist in Teilen des militärbejahenden Elitendiskurses ungemein wichtig. Er beschreibt darin, wie er vor und während der Zeit des Völkermordes die Internationale Gemeinschaft nach weiteren Truppen anflehte, um mit zusätzlichem Militär den Völkermord stoppen zu können. Um es kurz zu machen: seine Worte blieben ungehört. Als er wieder zurück in Kanada war, unternahm er traumatisiert mehrere Selbstmordversuche, verfiel dem Alkoholismus und schrieb seine Geschichte „Handschlag mit dem Teufel“<sup>2</sup> in einem Buch, das später auch verfilmt wurde, nieder.

Die Lehre, die Dallaire aus dem Völkermord in Ruanda zog, war, dass für künftige Völkermordsszenarien robuste Truppen bereitstehen müssten, um im Falle eines Völkermordes einschreiten zu können. Insbesondere müsse dafür bereits der „Wille“ der westlichen und/oder mächtigen Regierungen zuvor erzeugt werden, dass, anders als in Ruanda, eine Intervention auch durchgeführt wird. In Montreal/Kanada hat er deshalb am Montreal Institute for Genocide and Human Rights Studies (MIGS) die Kampagne mit den Namen „W2I – Will to intervene: Leadership to prevent mass atrocities“ (W2I) ins Leben gerufen.<sup>3</sup>



Roméo Dallaire, Foto: Andrew Rusk über Wikipedia CC.



Screenshot der Concordia-Website.

Das Beispiel W2I zeigt anschaulich, wie durch die Zivilgesellschaft mithilfe einer Kampagne Druck auf politische Entscheidungsträger\_innen aufgebaut werden soll, um Interventionen herbeizuführen. Es ist, insbesondere innerhalb Kanadas und den USA, das Ziel von W2I die politischen Entscheidungsträger\_innen davon zu überzeugen, dass eine militärische Intervention zur vermeintlichen Verhinderung von massiven Menschenrechtsverletzungen nicht nur moralisch geboten sei. Eine der Kernbotschaften der Kampagne lautet darüber hinausgehend:

„Gräueltaten mit ihrem Chaos und dem massenhaften Verlust des Lebens produzieren Schockwellen, die in dem übrigen heutigen globalen Dorf nachhallen – sie sind seismische Abrissbirnen, die die sozialen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen und politischen Infrastrukturen destabilisieren und zerstören. Dies ist eine Kern-Lektion des Völkermords in Ruanda. Die vorderen Linien unserer Abwehrmaßnahmen gegen Terrorismus und Piraterie, gegen Pandemien, und gegen verlorene Zugänge zu strategisch wichtigen Rohstoffen und zum Handel liegen in Afrika, Asien und Lateinamerika.“<sup>4</sup>

Doch abseits von den hier formulierten traditionellen geopolitischen Interessen und den hehren Zielen im Namen von Menschenrechten müssen wir aus der Geschichte lernen, uns bleibt gar nichts anderes übrig. Das notwendige Lernen aus den Geschichten und der Geschichte von solch unsagbaren Verbrechen darf dabei aber gerade nicht heißen, sie auf einfache Erklärungsmuster, auf Schlagwörter für die politische Debatte zu reduzieren, um mit ihnen heutige Interventionen und Militäreinsätze zu legitimieren. Sie so als Instrumente von Scham und Schuld zu benutzen, lässt

die Verbrechen, die zum „Nie wieder“ mahnen, zu einer Wiederkehr des ewig Gleichen werden. Aus den Traumata der Vergangenheit resultiert ein Wiederholungszwang, oder, wie es Kurt Jacobson in Anlehnung an Sigmund Freud formuliert, „das wieder-und-wieder-Durchführen einer Handlung, um die Freisetzung aus einem früheren Trauma irgendwie zu gewinnen, um es dieses Mal ‚richtig zu machen‘.“<sup>5</sup> Dieser Wiederholungszwang drückt sich in den diskursiven Polizeien wie „Ruanda“ und „Srebrenica“ aus. Mit ihrer Hilfe wird das Militärische in der Debatte um Krieg und Frieden nachhaltig bevorzugt.

Erinnern wir uns aber bevorzugt an die militärbefürwortenden Aspekte, so vergessen wir notwendigerweise andere. Diese müssen ebenso Teil einer facettenreicheren Auseinandersetzung mit der Geschichte sein: das Verbrechen von Srebrenica wurde von militärischen und paramilitärischen Einheiten ausgeführt und auch die Rolle des ruandischen Militärs und Paramilitärs im April 1994<sup>6</sup> sowie die US-amerikanische Ausbildung ruandischer Repressionsorgane im Kalten Krieg müssen beispielsweise berücksichtigt werden.<sup>7</sup> Wenn die diskursive Polizei mit ihrer roten Kelle uns auf den

Seitenstreifen der Debatte winkt, sollte dieser militärisch-strukturelle Anteil in den Völkermorden betont werden. Die Umkehr der moralischen Rechtfertigungsverhältnisse kann damit zurückgewiesen werden.

Auch wenn darauf verwiesen wird, dass Militär die Verbrechenherrschaft der Nationalsozialist\_innen stoppte, sollte neben einer militarisierten Gesellschaft als eine ihrer strukturellen Ursachen auch auf die beschämende Tatsache verwiesen werden, dass es uns intellektuell über ein halbes Jahrhundert später noch nicht gelungen ist, das Militär im Angesicht (potenziell) gewaltförmiger Konflikte als funktional vergeblichen und ethisch unhaltbaren Lösungsansatz in die Geschichtsbücher zu verbannen. Dies ist für uns alle ein weites Feld des Nachdenkens und Ausprobierens. Insbesondere Militärbefürwortende könnten hier ihre Energien investieren, anstatt die Saat für neue Gewalt und Verbrechen auszustreuen.<sup>8</sup>

### Figuren der Rechtfertigung

Die neue militärische Gewalt bringt sonst, beispielsweise codiert in der Sprache der „Verantwortung“, immer wieder neue Legitimationszusammenhänge hervor. Soll etwa Menschenrechten militärisch Geltung verschafft werden, wird dies von der Hoffnung begleitet, dass von der militärischen Gewalt ein „geringeres Übel“ ausgehe.<sup>9</sup> Das Militär wird darin als letztes und alternativloses Mittel verstanden, mit Gewalt Normen durchzusetzen, und es wird über das (vermeintlich) einen Völkermord duldende, pazifistische Zuschauen oder zivile Konfliktbearbeitung gestellt.

Menschenrechte werden dann gegen Frieden ausgespielt, Krieg und Militär als zusammenhängendes Phänomen voneinander getrennt. Die eigene militärische Gewalt wird zum „Einsatz“, zur „Unterstützung“ oder zum „Engagement“ verklärt; der militärischen Gewalt der Gegener\_innen hingegen in den Figuren der „Aufständischen“ oder „Rebellen“ ihr militärisch-legitimer, da nicht staatlich gerahmter, Charakter abgesprochen. Oder aber das Militär wird der Befehlsgewalt eines gefallenen oder diktatorischen Regimes untergeordnet. Im Aufeinandertreffen von Gut und Böse gilt es dann, Position zu beziehen: eine Position, die im Dulden des Verbrechens selbst Schuld auf sich laden würde oder eine, die das Böse ernst nimmt, als das, „was mich herausfordert und was von mir verlangt, dass ich es niederkämpfe.“<sup>10</sup>



*Bundespräsidenten Joachim Gauck im Gespräch bei seinem Antrittsbesuch bei der Bundeswehr an der Führungsakademie in Hamburg. Foto: Bundeswehr/Tefke, über Flickr, Wir.Dienen.Deutschland.*

So darf es in den herrschenden Interventionsdebatten auch nicht verwundern, wenn Verteidigungsminister Thomas de Maizière vor dem „Wegducken“ aus der militärischen Verantwortung warnt:

„Wir Deutschen werden uns in Zukunft nicht mehr durch Wegducken aus diesem moralischen Dilemma [gemeint ist das ‚Töten‘ und ‚Sterben‘ für den ‚Frieden‘] befreien können – und hoffentlich auch nicht mehr befreien wollen.“<sup>11</sup>

Er vertieft sogar diesen ethisch fragwürdigen und geschichtsvergessenen Gedanken noch mit einer weiteren paradoxen Feststellung zum Verzicht auf militärische Gewalt:

„Kein Konflikt kann dauerhaft militärisch gelöst werden. Aber das Politische kann eben manchmal nur mit Hilfe des Militärischen erfolgreich sein. Diese Wechselwirkung muss man sehen, wenn man fordert, von jeglicher militärischer Gewalt Abstand zu nehmen.“<sup>12</sup>

Auch Bundespräsident Joachim Gauck mahnt in seiner zu Recht viel gescholtenen Rede<sup>13</sup> beim Antrittsbesuch bei der Bundeswehr wider ein „Ohne uns“ für militärisches Eingreifen:

„Deshalb: ‚Ohne uns‘ als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen.“<sup>14</sup>

Derartige Verweise auf die deutsche Geschichte und die eigene Identität sind zum inhaltsleeren Debattenwerkzeug instrumentalisiert, in dem die Geschichte schlagwortartig als diskursive Polizei angerufen wird und die Debatte rahmt. Aufgrund der unsagbar militaristischen Prägung der deutschen Geschichte erscheint mir eine derartig einseitige, militärbejahende Deutung jedoch äußerst problematisch<sup>15</sup> – insbesondere ist sie unerträglich durch den gewählten national-patriotischen Unterton.

Aber auch die Wissenschaft steht der Politik in nichts nach und spielt allumfänglich eine moralisierende, militärbejahende Karte aus, die nach der vermeintlichen Libyen-Enthaltung selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung in Erklärungsnöte brachte. Harald Müller, Leiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), sprach etwa diesbezüglich von „Desaster und großer Scham“, vor allem schämte er sich, ein Deutscher zu sein:

„Am Freitag nach dem Sicherheitsratsbeschluss schlich ich auf dem Rathausplatz von Montreal an einer kleinen Gruppe junger libyscher Exilanten vorbei. Sie trugen selbst gemalte Plakate mit

Aufschriften wie ‚Help!‘ oder ‚Freedom‘ und schwenkten kanadische, amerikanische, französische und britische Flaggen. Ich habe mich sehr geschämt.“<sup>16</sup>

Ob die „Gruppe junger libyscher Exilanten“ dabei vom ebenso in Montreal ansässigen Will to intervene Project (W2I) des General a.D. Roméo Dallaire engagiert wurde, ist leider nicht überliefert.

Die Politikwissenschaftler Christian Hacke und Hanns W. Maull sollen als letzte Beispiele aufgeführt werden, um zu zeigen, wie militärische Gewalt für das Gute gerechtfertigt wird. Ebenso im Zusammenhang mit der Libyen-Enthaltung spricht Hacke von einer „Zivilmacht“<sup>17</sup> ohne Zivilcourage.<sup>18</sup> Er versucht dabei den Begriff der Zivilcourage für sein militärbejahendes Argument zu vereinnahmen. Wie bei den Beispielen zuvor spielt er die nationale Karte aus. Hacke warnt dann vor einem „neudeutschen Provinzialismus“ und wirbt dafür, dass „Deutschland [...] für freiheitliche Werte solidarisch einstehen [müsse]. Sonst bl[iebe] es allein und ohne Freunde.“<sup>19</sup> Ähnlich wie Hacke versucht sein Kollege Maull, der den Ausdruck Zivilmacht prägte, sich den Solidaritätsbegriff für militärisches Agieren anzueignen. Er versteht dabei den „demokratischen Krieg als Solidaritätskrieg der gefestigten Demokratie.“<sup>20</sup> Zivilcourage, Solidarität und Demokratie verkommen so zu sinnentstellten Worthülsen für die Forderung des militärischen Tötens. Sie sind jedoch wichtige Begleiter\_innen der diskursiven Polizeien, weil sie in ihrer vagen Begriffsbreite Sinn und Legitimität für das Militärische stiften sollen, angesichts von unsagbaren Massenverbrechen, die symbolisch aufgeladen werden.

### **Militärbejahung als Norm und emotionale Bindung**

Krieg, Militär und auch Rüstung müssen als zusammenhängendes Phänomen gedacht werden. Das Phänomen ist jedoch nur solange real, wie es diesem ermöglicht wird, durch Sprache seinen Geltungsanspruch immer wieder neu einzufordern. Militärbejahung ist in diesem Einfordern von Geltung eine bestimmte Norm- und Wertauffassung. Sie bedient sich dabei wie alle Herrschaftsformen in ihrer Durchführung der Aufrufung von Symbolen, die als diskursive Polizeien wirken. Mit diesen wird versucht, unsere emotionalen Bindungen zur Welt zu regulieren,<sup>21</sup> unsere Debatten zu rahmen und Alternativen auszublenden. Die Verwendung ei-

ner diskursiven Polizei erfordert kein vertieftes Wissen über einen Sachverhalt, eine Geschichte oder ein Verbrechen. Deshalb muss, wer auf „Ruanda“, „Srebrenica“ oder den Nationalsozialismus zur Begründung für militärische Interventionen zurückgreift, zusätzlich gute Gründe dafür liefern können, dass das Militärische nicht selbst mitverantwortlich für das angerufene Symbol war. Bleibt dies (meines Wissens nach zwangsläufig) für die angesprochenen diskurs-polizeilichen Symbole aus, obliegt so der Rechtfertigungszwang für die Anwendung militärischer Gewalt weiterhin bei den Interventionsfordernden.

Verstanden als „faktische“ Beweise bleiben diskursive Polizeien leere Argumente. Sie knüpfen an hegemoniale Erzählungen an, die sie bestätigen und dadurch selbst wieder verstärken. Diskursive Polizeien finden jedoch als mächtige emotionale Argumente Verwendung. Diese verwandeln eine mögliche faktische Unsicherheit – etwa über den Verlauf des Völkermordes in Ruanda – in gefühlte Schuld, gefühlte Schuld in artikuliertem Zustimmung oder unterbliebenen Widerspruch; ja manchmal verführen sie selbst zur Verwendung der roten Kelle, die andere auf den Seitenstreifen der Debatte winkt. Unsere Reise sollte jedoch nicht an dieser Stelle enden.

### Amerkungen

- 1 Foucault, Michel (2010): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt/M.: Fischer, S. 25.
- 2 Dallaire, Roméo (2008): Handschlag mit dem Teufel: Die Mitschuld der Weltgemeinschaft am Völkermord in Ruanda. Frankfurt/M.: Zweitausendeins.
- 3 Übersetzt: „Wille zu intervenieren: Führungskraft zur Verhinderung von Massenverbrechen“. Mehr Informationen zu Will to intervene (W2I) können online abgerufen werden: [http://migs.concordia.ca/W2I/about\\_w2i.htm](http://migs.concordia.ca/W2I/about_w2i.htm). Besonders zentral ist dabei die Studie W2I (2009): Mobilizing the Will to intervene: Leadership & action to Prevent Mass Atrocities, Montreal Institute for Genocide and Human Rights Studies, [http://migs.concordia.ca/W2I/documents/ENG\\_MIGS\\_finalW2IAugust09.pdf](http://migs.concordia.ca/W2I/documents/ENG_MIGS_finalW2IAugust09.pdf).
- 4 W2I (o.J.): W2I brochure for the Government of Canada, <http://migs.concordia.ca/W2I/documents/T11-5602-ARSC-MIGSPamphletCanada-v4-1.pdf>, Übersetzung T.M.
- 5 Jacobsen, Kurt (2010): Repetition Compulsion? Counterinsurgency Bravado in Iraq and Vietnam, S. 179. In: Kelly, John D. et al. (Hrsg.): Anthropology and Global Counter-insurgency. Chicago/London: University of Chicago Press, S. 179-192, Übersetzung T.M.
- 6 Vgl. u.a. des Forges, Alison (2002): Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda. Hamburg: Hamburger Edition, S. 270f, 768f. Sémelin, Jacques (2007): Purify and Destroy. The Political Uses of Massacre and Genocide. New York: Columbia University Press, insbesondere S. 257-267. Kontrovers zur Rolle des ruandischen Militärs und der RPF: Straus, Scott (2011): From „Rescue“ to Violence: Overcoming Local Opposition to Genocide in Rwanda. In: Sémelin, Jacques/Andrieu, Claire/Gensburger, Sarah (Hrsg.): Resisting Genocide. The Multiple Forms of Rescue. New York: Columbia University Press, S. 331-344, insbesondere S. 333-340.
- 7 Kuzmarov, Jeremy (2012): Modernizing Repression: Police Training and Nation Building in the American Century (Culture, Politics, and the Cold War). University of Massachusetts Press, S. 181f.
- 8 Für weitere Argumente bezüglich des Verhältnisses von Militär und dem Ende der Verbrechenherrschaft der Nationalsozialisten möchte ich auf den Historiker Howard Zinn (2009) verweisen: Just and Unjust War. In: The Zinn Reader. Writings on Disobedience and Democracy, S. 239-279. Vgl. auch: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion (2007) (Hrsg.): Gewaltfrei gegen Hitler?: Gewaltloser Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für heute. Karlsruhe: Eigenverlag.
- 9 Ignatieff, Michael (2005): The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror. Princeton University Press. Auch bekannt aus der Debatte um den Kosovo-Einsatz ist der Ausdruck einer „lässlichen Sünde“

- (Simma) oder aber der Glaube an ein notwendiges Wegstück zu einer demokratischeren Weltbürgergesellschaft, bei dem Nothilfe für künftige Lernprozesse geleistet werde (Habermas). Simma, Bruno: „Die NATO Bomben sind eine lässliche Sünde.“; Habermas, Jürgen: Bestialität und Humanität. Beide in Lutz, Dieter S. (2000): Der Kosovo-Krieg. Rechtliche und rechtsethische Aspekte, S. 289-290 bzw. S. 217-226.
- 10 Münkler, Herfried (2010): Podiumsdiskussion – Die UNO und der Völkermord von Srebrenica: Hintergründe eines gebrochenen Versprechens. Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung, Zusammenschritt, Min: 18:50, <http://www.boell.de/internationalepolitik/aussensicherheit/aussen-sicherheit-srebrenica-uno-kriegsverbrechen-9772.html>, Transkript T.M.
  - 11 de Maizière, Thomas (2012): Rede des Ministers: Wozu braucht Deutschland Soldaten? im Rahmen der Reihe „Schwabinger Vorträge“ des Rotary Clubs München-Schwabing in der Katholischen Akademie in München am 20. März 2012, <http://www.bmvg.de/>.
  - 12 de Maizière, Thomas (2012): „Wir sind keine Moralapostel“, FR, 20.11.2012, <http://www.fr-online.de/politik/verteidigungsminister-thomas-de-maizi-re--wir-sind-keine-moralapostel-,1472596,20922826.html>.
  - 13 AG Friedensratschlag (2012): Eine skandalöse Rede. Bundespräsident Gauck plädiert wieder für den „gerechten Krieg“, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/gauck-baf.html>.
  - 14 Gauck, Joachim (2012): Rede zum Antrittsbesuch bei der Bundeswehr, 12.6.2012, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/06/120612-Bundeswehr.html>.
  - 15 Vgl. Mickan, Thomas (2012): Wenn der Kontext das Problem ist: Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden, in: AUSDRUCK – Magazin der IMI, Nr. 52, S. 3-4.
  - 16 Müller, Harald (2011): Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte. HSFK-Standpunkte Nr. 2, S. 12.
  - 17 Über die Enttabuisierung des Militärischen und zum Begriff der Zivilmacht kritisch: Geis, Anna (2005): Die Zivilmacht Deutschlands und die Enttabuisierung des Militärischen. HSFK-Standpunkte 2/2005, Frankfurt/M. Zum Begriff der Zivilmacht ebenso vgl. Marischka, Christoph (2012): Dokumentiert unter dem Vortrag „Multilateralismus“ in: Bericht: 15. Kongress der Informationsstelle Militarisierung Entdemokratisierung und Krieg – Kriegerische Demokratie. In: AUSDRUCK – Magazin der Informationsstelle Militarisierung, Dezember 6/2012, Heft Nr. 57, S. 35, [Ausführlich im Erscheinen].
  - 18 Hacke, Christian (2011): Deutschland und der Libyen-Konflikt: Zivilmacht ohne Zivilcourage – Essay. In: APuZ 39/2011: Arabische Zeitenwende, S. 50-53.
  - 19 Ebd.
  - 20 Maull, Hanns W. (2009): Forschungsfragen und Forschungslücken, S. 377. In: Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W./Schiefer, Siegfried (Hrsg.): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt/M.: Campus, S. 375-378.
  - 21 Butler, Judith (2010): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt/New York: Campus, S. 170.